



Horst Hohmann

Irland: Ein historischer Tag

Volksentscheid für Homo-Ehe

Der 22. Mai 2015 wird in die Geschichte der Republik Irland eingehen, weil an diesem denkwürdigen Tag 62 Prozent der wahlberechtigten Inselbewohner in einem Referendum dafür stimmten, dass künftig die Ehe gleichgeschlechtlicher Partner „verfassungskonform“ sein soll – eine Entscheidung, die weltweit vorerst noch einmalig ist, gleichzeitig aber auch als ein eindeutiges Votum des irischen Volkes für eine definitive Trennung zwischen Staat und Kirche gewertet werden muss.

Dass es bei der Abstimmung am 22. Mai fast „heiter zugeht“ und allenthalben wieder sehr viel von der legendären irischen Gelassenheit zu spüren war, sollte nicht über die Entschlossenheit der Iren hinwegtäuschen, bei ihrem „nachösterlichen Urnengang“ restliche Zweifel zu beseitigen und die „Zuständigkeiten in der Republik“ ein für alle Mal zu klären.

Bereits im Juli 2011 hatte der irische Premierminister Enda Kenny - daran muss an dieser Stelle eigens erinnert werden - in einer fulminanten Rede vor dem Parlament die Weichen gestellt und unmissverständlich gesagt, was künftig „Sache“ sein soll: die Zeiten sind endgültig vorbei, hatte er seinen Landsleuten zugerufen, wo eine allgegenwärtige Kirche eine ganze Nation nach ihrer Pfeife tanzen lässt und wo „Soutanenträger das Gewissen und die Menschlichkeit ersticken“. Bezugnehmend auf den wenige Tage zuvor veröffentlichten „Cloyne Report“ (einen Untersuchungsbericht aus dem gleichnamigen südirischen Bistum über die in kirchlichen Einrichtungen gegen Kinder und Jugendliche verübten Sexualverbrechen sowie über die Weigerung der Ortskirche unter Bischof John Magee, die staatliche Untersuchungskommission bei ihren Nachforschungen mit „relevantem Material“ aus den Diözesanarchiven zu unterstützen) hatte der überzeugte Katholik Kenny den irischen Kirchenfürsten vorgeworfen, sie hätten die Demütigungen und Qualen hilfloser Kinder auf völlig unverantwortliche Weise heruntergespielt. Wörtlich hatte er vor vier Jahren noch hinzugefügt: „Ihr seid mit dem berechnenden Blick listiger Anwälte aufgetreten und habt vergessen, dass die Grundpfeiler unserer Kirche Gottes Barmherzigkeit und seine menschenfreundliche Güte sind.“

Für den irischen Premierminister und seine Landsleute hatte die Kirche als „moralische Institution“ eigentlich schon 2009 ihren letzten Kredit verspielt, als die Inselbewohner in den Dokumentarfilmen der legendären Journalistin Mary Raftery (u.a. über die von den Magdalena-Schwestern geführten „Konzentrationslager für gefallene Mädchen“) sowie durch die beiden Untersuchungsberichte „Ryan“ und „Murphy“ an wahre Abgründe menschlicher Perversion herangeführt worden waren. Fortan stand unumstößlich fest, dass die berüchtigte Kumpanei zwischen Kirche und Staat der Vergangenheit angehören müsse, und dass nicht nur Kinder und Jugendliche, sondern Bürger ganz allgemein künftig unter einem „republikanischen Dach“ am besten geschützt werden könnten.

Es hat uns selbstverständlich nicht überrascht, dass Kirchenführer in Irland wie auch im Vatikan auf das unerwartet hoch ausgefallene Abstimmungsergebnis des Referendums zugunsten der Homo-Ehe mit blankem Entsetzen reagierten.

In Rom erklärte Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin nach langen Stunden der Sprachlosigkeit, dass das „Ja“ aus Irland einer „Niederlage für die ganze Menschheit“ gleichkomme, eine leider sehr unglückliche Einschätzung des ansonsten als eher fortschrittlich geltenden Stellvertreters von Papst Franziskus. Man mag zwar nach traditionellem Sprachgebrauch das irische Votum als „Dammbruch“ einstufen, doch muss sich Pietro Parolin dann doch postwendend fragen lassen, ob hier nicht erstmals die unzähligen anderen „Dammbrüche“ aufzulisten wären, die kirchenintern durch Verbrechen gegen die Menschlichkeit ausgelöst wurden? Warum hat man im Vatikan bisher nie von „Niederlagen für die ganze Menschheit“ gesprochen, wenn Ex-Priester von Vertretern der Amtskirche wie „faules, abgefallenes Obst“ behandelt

wurden? Wenn deren Frauen und Lebensgefährtinnen als „Flittchen“ beschimpft wurden? Wenn Tausende ehemaliger Priester von Papst und Kurie jahrzehntelang systematisch daran gehindert wurden, eine gesetzlich abgesicherte Familie zu gründen? Wenn gegen unzählige Theologen ehrenrührige Lügen verbreitet und gegen abertausende von ihnen Prozesse geführt wurden wie wir sie nur aus rechten und linken Diktaturen der übelsten Sorte kennen?

Zusammen mit dem Erzbischof von Dublin und Primas der Kirche von Irland, Diarmuid Martin, sollte der verehrte Kardinalstaatssekretär wenigstens bis zur ordentlichen Familiensynode im Herbst dieses Jahres demütig schweigen und einfach nur offen bekennen, dass es jetzt viel „Stoff zum Nachdenken“ gibt. Erzbischof Martin hat über die letzten Jahre hinweg lernen müssen, dass „Schnellschüsse“ leider nur allzu oft nach hinten losgehen oder sich als „Schuss in den eigenen Ofen“ herausstellen. Als er 2011 zum Beispiel lauthals forderte, alle nicht-praktizierenden Katholiken seines Landes mögen doch „ehrlicherweise einen Schlussstrich ziehen“ und aus der Kirche austreten – musste er da nicht prompt in vielen Zeitungen lesen, dass er doch bittschön erst einmal seinen straffällig gewordenen Bischofs-Kollegen in Irland und anderswo (alles nicht-praktizierende Katholiken, weil sie kirchlichen Triebtätern „freien Lauf“ ließen und damit weitere Zigtausend junge Menschen ins Unglück stürzten) hätte empfehlen müssen, aus der Kirche auszutreten und sich weltlichen Gerichten zu stellen?!

In einem sehr weiten Sinne dürfen wir das Ergebnis des Irland-Referendums vom 22. Mai dieses Jahres und das dort demonstrierte Eintreten für eine Minderheit in unserer Gesellschaft und in unserer Kirche nicht nur als einen überzeugenden Akt der Solidarität, sondern indirekt auch als einen „Fingerzeig Gottes“ interpretieren: dass es niemandem nützt, wenn wir kleinkariert und rechthaberisch darüber streiten, wer einen „Bund fürs Leben“ schließen darf und wer nicht oder welche Lebensgemeinschaft gesegnet werden darf und welche nicht. Sollten wir uns deshalb nicht zusammen mit allen Teilnehmern der bevorstehenden Familiensynode schlicht und einfach darüber freuen, wenn gleichgeschlechtliche Partner – vor Gott oder vor einem Standesbeamten – einander Liebe und unverbrüchliche Treue versprechen, in guten wie auch in schlechten Tagen? Wenn gleichgeschlechtliche Partner ihre Lebensgemeinschaft mit allen Rechten und Pflichten unters Gesetz stellen? Wenn sie folglich auch die Kinder, die Gott ihnen (via Adoption) geben wird, in verantwortlicher Elternschaft aufs Leben vorbereiten und u.a. als ihre natürlichen Erben einsetzen?

Wer behauptet, dass durch ein gesetzlich verankertes Recht für gleichgeschlechtliche Paare die „Grundfesten der Moral und der Gesellschaft“ nachhaltig erschüttert oder gar ganz zerstört würden, sollte so schnell wie möglich die kürzlich erschienene Umweltenzyklika „Laudato Si“ von Papst Franziskus lesen. Dort erfährt er nämlich, welches die wirklichen Gefahren für jeden einzelnen von uns und für unser „gemeinsames Haus“ sind.